

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt
Wöchentliches Organ
des Landratsamtes,
von Bürgermeistern,
Ämtern und Ämtern
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Gesetzstellen:
Bocholt, Reichs-
straße 14. Fernspr.
Sammelne. 3054.
Rheide: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wollfing.
Berth: Th. Farnas.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 325

Donnerstag, den 22. November

Jahrgang 1928

Der Wahrheit die Ehre.

Aus der Zentrumsfraktion des Reichstages wird uns geschrieben: Man kann es der politischen Presse im allgemeinen nicht verübeln, wenn sie bei der Berichterstattung über die parlamentarischen Geschäfte Darstellungen gibt, die auf das besondere Interesse der Partei abgemessen sind. Das ist schließlich nicht nur ihr Recht, sondern sogar ihre Pflicht. Aber diesem lebhaften Eifer, der Partei zu dienen, steht die historische Wahrheit doch schrankenlos gegenüber. Die von einer anständigen Presse nicht überschritten werden dürfen. Im Interesse dieser historischen Wahrheit sehen wir uns gezwungen, zu der Berichterstattung über das Ergebnis der Reichstagsberatungen beizutragen. Die Unterstützung der im Einklang mit der Wahrheit und der Gerechtigkeit, wie sie von sozialdemokratischer und volksparteilicher Seite beliebt wird, folgendes festzustellen:

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Nr. 547, Morgenausgabe vom 18. November:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in enger Zusammenarbeit mit ihren Reichsministern dafür gesorgt, daß für die Ausgewählten sozial herausgeholt wurde, wie bei der Zusammenlegung des Reichstages überhaupt nur möglich ist.

Hier hätte die Gerechtigkeit es erfordert, anzuerkennen, daß auch die Zentrumsfraktion ihre ganze Kraft für ein positives Ergebnis der Reichstagsverhandlungen eingesetzt hat. Die ersten Anträge auf Unterstützung der Ausgewählten sind von der Zentrumsfraktion gestellt; sie hat es jedenfalls an nachdrücklicher Verfolgung dieses Zieles der sozialdemokratischen Fraktion mindestens gleichgetan. Deshalb leitete der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Graßmann, die im Plenum namens seiner Fraktion abgegebene Erklärung mit der Feststellung ein, daß sie „im Einverständnis mit der Reichstagsfraktion des Zentrums“ erfolge.

Diese Berichterstattung des „Vorwärts“ steht aber in Bezug auf Objektivität immer noch turmhoch über dem, was die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Nummer 636 vom 18. November über „Das sozialpolitische Kompromiß“ sagt. Es wird in dem fraglichen Artikel folgendes festgestellt:

Die Deutsche Volkspartei hatte selbst den Kompromißantrag entworfen, auf den sie nachher die Mehrheit einigte. Sie ließ auch das Ergebnis der Reichstagsberatungen durch einen Mann aus ihren Reihen, den Abgeordneten Dr. Pfeiffer, vertreten. Die Lösung der neuen Krise ist übrigens nicht zum geringsten dem Eingreifen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius zu danken, der bisher allerdings bei seiner Haltung im Einklang mit den Reichen seiner eigenen Parteifreunde nicht ganz ohne Grund scharf kritisiert worden war. Hätte Dr. Curtius nicht gestern (Freitag) auf die Forderungen der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums nach einer Unterbrechung der Reichstagsarbeiten mit dem Rücktritt gedroht, so wäre eine offenkundige Parteineigung von Reichsregierung und Reichstag für eine der beiden im Reichstagskampf verwickelten Parteien in Westdeutschland nicht zu verhindern gewesen.

So viele Behauptungen, so viele Unrichtigkeiten! Nicht die Deutsche Volkspartei hat den Kompromißantrag entworfen. In der interfraktionellen Besprechung am Freitagabend ist der Vorschlag, der später vom Sozialpolitischen Ausschuss und vom Reichstag angenommen wurde, vom Reichsfinanzminister Dr. Hilferding zuerst vorgelegt worden. Er ist jedenfalls der Initiative des Reichsfinanzministeriums entsprungen. Der Abgeordnete Dr. Pfeiffer hat auch nicht als von der Deutschen Volkspartei beauftragter Vertreter im Plenum gesprochen, sondern als der vom Sozialpolitischen Ausschuss bestimmte Berichterstatter. Seine Fraktion hat keinen Redner zur Aussprache im Plenum gestellt.

Der Reichswirtschaftsminister hat in der interfraktionellen Sitzung nicht mit einem Rücktritt gedroht, sondern nur ein einziges Mal das Wort ergriffen, als zum Schluß der Leiter dieser Besprechung, der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, in der Zusammenfassung des Ergebnisses vom „Vorschlag der Reichsregierung“ sprach. Hier bemerkte Reichsminister Dr. Curtius mit unverkennbarer Schärfe: „Nicht der Reichsregierung!“ Bis dahin handelte er also und mit ihm die „Deutsche Volkspartei“ noch keineswegs auf dem Boden dieses Vorschlags. Erst die Kabinettsitzung vom Samstag morgen hat diese Wendung zustande gebracht. Jedenfalls hat die ominöse Rücktrittsdrohung des Reichswirtschaftsministers nicht den geringsten Einfluß auf die Stellung der Parteien gehabt, die mangels einer besseren Lösung, um rasch zu helfen, sich schließlich im Laufe des Samstags morgen auf den Regierungsvorschlag einigten. Wenige Zeilen tiefer schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Nur schwerer wiegt der Entschluß der Deutschen Volkspartei, einer Lösung zuzustimmen, die auf eine finanzielle Unterstützung der Ausgewählten aus Reichsmitteln hinausläuft.“

Es ist also nach der eigenen Feststellung der „Kölnischen Zeitung“ doch „eine offenkundige Parteineigung von Reichsregierung und Reichstag für eine der beiden im Reichstagskampf verwickelten Parteien“ erfolgt. Wie die „Kölnische Zeitung“ diesen mit den Händen zu greifenden Widerspruch in ihrer Darlegung Herrn Minister Dr. Curtius und der Deutschen Volkspartei gegenüber rechtfertigen will, müssen die Beteiligten unter sich ausmachen. Logischerweise wäre durch diese Feststellung der „Kölnischen Zeitung“ der „Vorwärts“ zum Rücktritt des Herrn Dr. Curtius gezwungen.

Schließlich spricht die „Kölnische Zeitung“ von den Anträgen, die bei der Reichstagsberatung nicht erledigt, sondern für spätere ruhige Zeiten zurückgestellt worden sind. Sie sagt hier wörtlich:

„Einige dieser Anträge, es handelt sich besonders um Zentrumsanträge, bei denen Dr. Lammer vom Reichsverband der deutschen Industrie Rate gefunden hat, sind so unklar formuliert und so überaus kühn gebrochen, daß sie selbst nach dem lauternden Begeister der Reichstagsberatung kaum ein Aussehen feindlichen dürften. Es waren gerade freigeistliche Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses, die Bedenken trugen, diesen Anträgen auch nur eine gewisse äußere Beachtung zu schenken.“

Diese höhnischen Ausführungen betreffen die bekannten Zentrumsanträge, welche den Wirtschaftsfrieden fördern und eine Wiederholung solcher gewaltigen und überaus schädlichen Arbeitskämpfe verhindern wollten. Über diese Anträge ist im Ausschuss sehr lebhaft debattiert worden, und ge-

rade die freigeistlichen Mitglieder des Ausschusses haben ihnen eine so große Beachtung geschenkt, daß ihre Zurückstellung am Samstag mittag lediglich deshalb erfolgte, um nicht durch eine nochmalige längere Auseinandersetzung zwischen den Parteien die sofortige Erledigung der Angelegenheit im Plenum unmöglich zu machen. Die Vertreter des Zentrums hatten schließlich einen Eventualantrag eingebracht, der den Zweck hatte, die wichtigsten Fragen unter allen Umständen zur baldigen gesetzgeberischen Behandlung zu bringen. Dieser Antrag lautete:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die relative Friedenspflicht gegenüber den steigenden Tendenzen zu Sympathieausprägungen und gegenüber Sympathiekreisen in härteren Maße als bisher gesetzlich fixiert.“

Welche Beachtung dieser Antrag gefunden hat, geht daraus hervor, daß nicht nur die Mitglieder des Zentrums im Ausschuss, sondern auch der

demokratische Vertreter, alle drei Vertreter der Deutschen Volkspartei und sogar zwei Mitglieder der Deutschen Nationalen Volkspartei diesen Antrag mit unterzeichneten. Jedenfalls stimmt zu dieser Bewertung der Tendenz in den Zentrumsanträgen das, was die „Kölnische Zeitung“ darüber schreibt, wie die Hauptaufgabe der Zentrumspartei wird auch schon dafür sorgen, daß diese Anträge recht bald ihr Aussehen feiern, zumal sie, wie gesagt, hierbei der Unterstützung von volksparteilicher Seite gewiß sein kann.

Es gibt kaum eine führende Zeitung in Deutschland, die die Große Koalition mit solcher Zähigkeit fordert, wie die „Kölnische Zeitung.“ Glaubt sie mit einer solchen Berichterstattung, die den Gipfel der Unfreundlichkeit — um keinen schärferen Ausdruck zu wählen — gegen die stärkste bürgerliche Partei in dieser Großen Koalition darstellt, der Sache zu dienen?

Abschluß der außenpolitischen Debatte.

Stresemanns Mehrheit 219 : 98

○ Berlin, 20. November.

Wenn die Aufrichtigkeit der zweltägigen außenpolitischen Debatte im Reichstag noch eines Beweises bedurfte, so wäre dieser zweifellos durch den heutigen zweiten Tag der Debatte bis zum Uebermaß geliefert worden. Das geht nicht nur aus dem Gang der Debatte hervor, sondern auch vor allem aus dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das von den Nationalsozialisten und der Bauernvereinigungen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen den Reichsaussenminister. Nicht weniger als 174 Abgeordnete schloßen bei dieser Abstimmung, jedoch die trotzdem ansehnliche Mehrheit, die sich für die Durchführung der Außenpolitik ergab, kein reflexes Bild der tatsächlichen Mehrheit darstellte, über die die Außenpolitik zurzeit im Reichstag verläuft.

Von den Rednern des Tages fanden lediglich der volksparteiliche Abgeordnete von Rheinbaben, der Sozialdemokrat Breitscheid und der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber noch einigermaßen Gehör. Hervorzuheben ist, daß der Redner der Deutschen Volkspartei ein rückhaltloses Bekenntnis zur Locarno-Politik für seine Partei zum Ausdruck brachte. Wenn er aber dabei sich dazu hinziehen ließ, einen Unterschied in der außenpolitischen Beurteilung innerhalb des Zentrums zu konstatieren — der volksparteiliche Redner ludte diesen Gegenstand zwischen den Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Dr. Kaas und früheren Ausführungen Dr. Wirths — und wenn Herr von Rheinbaben daran die spöttische Bemerkung knüpfte: „Tempora mutantur“, so ist darauf zu erwidern, daß dies lediglich für

die Haltung der Deutschen Volkspartei zutrifft, die bekanntlich erst recht spät und bis in die jüngste Zeit nicht immer geschlossen auf den Boden der vom Zentrum inaugurierten und von Stresemann erst später übernommenen Außenpolitik der Verständigung trat. Zwischen dem Sozialdemokraten Breitscheid und dem Zentrumsabgeordneten Prälaten Schreiber entspann sich dann noch eine kleine Debatte über die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes, die aber, abgesehen von einigen Mißverständnissen, doch die Uebereinstimmung in der Beurteilung beider Redner dahin ergab, daß das Auswärtige Amt nicht lediglich eine Domäne für gewisse Kreise des deutschen Volkes sein dürfte. Auch Breitscheid erklärte ausdrücklich seine Uebereinstimmung mit Prälat Dr. Schreiber darin, daß Gelegenheit geboten werden müsse, geeigneten Personalstellen aller Klassen und Kreise Eingang in das Auswärtige Amt zu verschaffen. Er wies darauf hin,

eine Beschränkung des Rekrutens im weitesten Maße abzuheben, und daß gerade diese Kreise nicht immer hinter der Politik ihres Ministers stünden. Diese Uebereinstimmung griff der Zentrumsabgeordnete Prälat Schreiber auf und knüpfte daran sehr ausgezeichnete Darlegungen über die Notwendigkeit einer sozial- und kulturpolitischen Reform im Innern- und Außenministerium des Auswärtigen Amtes.

Da der Reichstag zurzeit kein gesetzgeberisches Arbeitsmaterial hat, außerdem in dieser Woche der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Tagung zusammentritt, hat sich der Reichstag bis auf Dienstag nächster Woche vertagt. In der nächsten Woche werden in der Hauptsache Initiativanträge der Parteien zur Verhandlung gelangen. Wie wir aus politischen

Kreisen hören, dürfte wahrscheinlich ein sozialdemokratischer Antrag betreffs der Erleichterung der Beschäftigung, ferner ein deutschnationaler Antrag betreffend die Technische Hochschule und vielleicht ein Antrag des Zentrums betreffs Agrarreform zur Beratung kommen. Das letztere steht jedoch noch nicht endgültig fest.

Sitzungsbericht.

○ Berlin, 20. Nov.

In der außenpolitischen Aussprache des Reichstages beizugewandte der Redner der Deutschen Volkspartei

Abg. von Rheinbaben

Die guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten als ungetrübter, wichtiger, ebenso wie auch an der Freundschaft mit England, Frankreich und Italien. In der Lage, die wir heute haben, ist es unser Bestreben, immer noch unterdrückt. Auf Grund des Abkommens mit Jugoslawien werde hoffentlich schnell ein Handelsvertrag zustande kommen, damit gute wirtschaftliche Beziehungen mit diesem großen Lande wieder aufleben können. Wir bemühen uns, unser Verhältnis zu anderen Ländern immer freundschaftlicher zu gestalten.

Wir haben auch als erster Staat die neue chinesische Regierung anerkannt.

Aus diesem geht hervor, daß die Locarno-Politik uns keineswegs einseitig an England und Frankreich bindet und von den übrigen Mächten abschließt. Ein englisches französisches Abkommen hätte natürlich die Locarno-Politik nicht gemindert. In der Reparationsfrage ist die Verhandlungsposition Deutschlands gegenüber der Zeit vor Locarno verbessert. Ohne Zustimmung Deutschlands ist keine Lösung möglich.

Der von Poincaré eingebrachte Standpunkt wird von objektiven Sachverständigen nicht anerkannt werden.

Wir wünschen, daß auch die deutsche Landwirtschaft durch Sachverständige bei den Verhandlungen vertreten wird. (Abg. Dr. Breitscheid: Und die Arbeiter?) Die Interessen der Arbeiter werden mit vertreten durch die Männer, die die Gesamtinteressen der Wirtschaft vertreten, nicht etwa einseitig die Arbeitgeberinteressen. Die Deutsche Volkspartei behält sich eine nüchterne Prüfung des Ergebnisses der Sachverständigenberatungen vor. Der deutschnationale Abgeordnete von Lindener hat vor kurzem die Warnung zur Vernehmung nach innen ausgesprochen. Gerade von seiner Fraktion wird aber am meisten gegen die Warnung gefordert, wird jeder als „Schlapper Reiz“ hingestellt, der nicht ganz mit den Meinungen der Deutschnationalen übereinstimmt. Wir hoffen, daß angesichts der großen Aufgaben, die wir jetzt zu erledigen haben, ein größeres gegenseitiges Verständnis zwischen den Parteien sich entwickelt. Daran scheint es freilich noch zu fehlen angesichts der Tatsache, daß

der Führer des Reichslandbundes, der Abgeordnete Hepp, das nationalsozialistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsaussenminister mit unterschrieben.

hat. (Hört! Hört!) Wie reißt sich das zusammen mit den Forderungen des Reichslandbundes, die nur bei Fortführung der jetzigen Außenpolitik durchführbar sind. Eine riesengroße Verantwortung haben diejenigen Führer großer Wirtschaftskreise auf sich, die so leichtfertig und so wenig überlegt sich zu den großen Fragen der Politik verhalten.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Seit einigen Jahren sind die außenpolitischen Debatte in Inzidenz und Grundform immer dieselben. Die Deutschnationalen haben je nachdem, ob sie in der Regierung oder in der Opposition saßen, die fanfarierte Bioline oder die kriegerische Pauke gespielt. Wir Sozialdemokraten haben uns dagegen durch unsere innerpolitische Situation nie in unserer Zustimmung zur Verständigungspolitik betreten lassen. Wir sind grundsätzlich für diese Politik, weil wir den Frieden wollen und den Rechtsgedanken über den Machtgedanken stellen. Andere Parteien sind für diese Politik, weil sie keinen anderen Ausweg sehen. Herr v. Rheinbaben hat seine eigenen Zitate niemals ganz vergessen. Er sagte: „Die Zeiten ändern sich“ — „und wir mit ihnen.“ So geht es weiter. Das hätte der Redner der Deutschen Volkspartei ruhig für sich und seine Freunde hinzusetzen können.

Die uns Deutsche wenig befriedigende jüngste Entwicklung der Locarno-Politik ändert nichts daran, daß mit dieser Politik in der allgemeinen Friedenspolitik und Kriegsverhütung Fort-

Ein schweres Explosionsunglück bei Paris.

Ein Kartuschenlager in die Luft geflogen.

Paris, 20. Nov. In dem Pariser Vorort Vincennes, der zum Festungsgürtel gehört und fast mit Truppen besetzt ist, lag am Dienstag nachmittags gegen 15 Uhr französischer Zeit ein Kartuschenlager in die Luft. Die Nachricht, die sofort in der Kammer bekanntgegeben wurde, hat dort größte Bestürzung hervorgerufen.

Die Katastrophe hat sich in einer staatlichen Patronenfabrik ereignet. Diese liegt zwischen dem Artilleriegeschloß und dem Rennplatz von St. Maur. Die Explosion war so heftig, daß sie in einer Entfernung von mehreren Kilometern vernommen wurde und daß zahlreiche Fenster scheiterten in der Umgebung zertrümmert wurden. Man glaubte zuerst, daß die Explosion in einem Raum erfolgte, in dem Pulver gelagert wird, aber es wurde auch für möglich gehalten, daß sie sich beim Transport einer Kiste mit Patronenzündern ereignete. In der Patronenfabrik werden etwa 1000 Zivilpersonen beschäftigt, die unter Leitung von Pionieroffizieren arbeiten. Es wurden sofort Militär- und Feuerwehralarmiert, die mit den Aufräumarbeiten begannen. Bis um 7 Uhr waren vier zum Teil unfertige Leichen aus den Trümmern geborgen sowie zwei schwerverletzte Frauen ins Krankenhaus gebracht worden. Außer Ministerpräsident Poincaré und Innenminister Tardieu war auch Kriegsminister Painlevé an der Unglücksstelle.

Nach einer vom Kriegsministerium ausgehenden Mitteilung haben im ganzen acht Arbeiter und Arbeiterinnen Verletzungen erlitten. Ein durch die Explosion in einem benachbarten Patronen enthaltenden Raum verursachtes Feuer konnte rechtzeitig von der Fabrikfeuerwehr ge-

löscht werden. Von 40 Risten Zündpatronen sind nur vier explodiert. Die Explosion stammte aus der Feuerwerkerschule von Bourges. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt. Man spricht von einer Selbstentzündung der Zündpatronen, hält aber auch die Möglichkeit eines Fabrikationsfehlers für nicht ausgeschlossen. Die Feuerwerker von Bourges werden eine Nachprüfung vornehmen.

Durch die Explosion wurden Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen vorübergehend arbeitslos, sollen jedoch weiterhin entlohnt werden. Mit Ausnahme eines der Getöteten, dessen Leiche völlig zerstört ist, sind die Leichen der übrigen drei ums Leben gekommenen Arbeiter identifiziert. Ihre Persönlichkeiten konnten zunächst nur dadurch festgestellt werden, daß das ganze Personal des Munitionslagers zum Namensappell aufgerufen wurde. Nur wie durch ein Wunder verursachte die Explosion nicht noch mehr Opfer, denn in der Nähe der Unglücksstätte befand sich ein Lager von 100 Millionen Zündern, deren Explosion die ganze Kartuschenfabrik in die Luft gesprengt hätte.

Ein Attentat?

Paris, 21. Nov. „Paris Soir“ gibt zu der Explosionskatastrophe in der Patronenfabrik zu Vincennes die Ansicht eines ungenannten höheren Beamten wieder, der erklärt, es sei unmöglich, daß eine Kiste mit Zündpatronen durch bloßes Herunterfallen explodieren könne. Infolgedessen sei es zu dem Schluß gekommen, daß eine der Risten vielleicht für eine Explosion vorbereitet gewesen sei. Diese Schlußfolgerung, wonach die Katastrophe auf böswillige Absicht zurückzuführen wäre, sei auch gestern Abend Ministerpräsident Poincaré vorgetragen worden.

Schritte gemacht worden sind, daß jeder Krieg und jeder Friedensvertrag mehr als bisher Angelegenheit aller Völker geworden ist. Wenn Graf Westarp hier sagte, daß die an die Locarno-Politik geknüpften Verheißungen erfüllt worden seien, so muß festgestellt werden, daß er selbst die Verantwortung für Hoffnung und Enttäuschungen mit übernommen hat, als er bei der Bildung der letzten Reichsregierung die Richtlinien unterzeichnete, die die Anerkennung der Locarno-Politik enthalten. (Abg. Graf Westarp (D. N.)). In meinen Reden habe ich diese Verantwortung ausdrücklich abgelehnt! Ich habe mich nicht an ihre Reden, sondern an die ihnen unterzeichneten Dokumente. Graf Westarp hat selbst anerkennen müssen, daß der sozialdemokratische Reichstagsführer die bisherigen außenpolitischen Stagnation durch in Genf ein Ende gemacht hat, daß er an die Franzosen die klare Forderung richtete, ob sie nun aus dem Rheinland hinausgehen wollen oder nicht. Als die Deutschland in der Regierung saßen, haben sie nicht irgend einen Versuch dieser Art unternommen. Die von Graf Westarp getadelten „Sonderverhandlungen“ von Georg Bernbard und mir in Genf waren in Wirklichkeit private Unterhaltungen wie sie häufig immer geführt hat. (Hört! Hört! links.) Wenn Graf Westarp sich das verdient, so überläßt er seine Kompetenz.

Für uns gilt nicht das Wort: „Der Graf hat befohlen“ oder „Der Graf hat erlaubt“

(Weiterkeit). In der Abrüstungsfrage sehe ich nicht die Kardinalfrage. Wir danken dem Grafen Bernhardt für seine eifrige Arbeit in der Abrüstungskommission. Wir hoffen, daß er diese Arbeit recht lange fortführen wird. (Beifall.) Selbst wenn aber die Abrüstungskonferenzen mehr Erfolg haben würden, als sie bisher hatten, so würde doch die Differenz in der Rüstung zwischen uns und den übrigen Mächten noch immer sehr groß sein. Und ist

wichtiger als die Abrüstungsfrage die Förderung der Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

Den Kellogg-Pakt überlegen wir nicht. Er ist eine schöne und gute Sache, aber er hat manche Mängel. Dazu gehört, daß die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht angehören. Das Wesentliche ist, daß die Völker hinter ihm stehen, daß nicht nur die Regierungen, sondern die Völker den Krieg als internationales Verbrechen betrachten.

Wir begrüßen es, daß Dr. Stresemann nach langer Krankheit die Geschäfte wieder übernommen hat. Wir hoffen, daß er mit frischen Kräften an die bevorstehenden großen Aufgaben herangehen wird. Wir erwarten, daß er von dem bisher beschrittenen Weg der Außenpolitik nicht abweichen wird. Zu der vom Zentrum abgeordneten Kommission des auswärtigen Amtes gebührt Anerkennung. Wir können unsere diplomatischen Vertreter nicht nach Konfession und Weltanschauung unterscheiden, sondern nur nach der Fähigkeit. Wenn wir sonst nach Konstantinopel (Schieds.) Soll nach Moskau ein Abseht gehen, nach Jerusalem ein Katholik oder ein Jude? (Heiterkeit.) In einer Beziehung brauchen wir allerdings eine Reform.

Der diplomatische Dienst darf nicht nur den besitzenden Kreisen offen stehen,

sondern muß tüchtigen Kräften aus der Arbeiterklasse und den Mittelschichten geöffnet werden. Bei den bevorstehenden Sachverständigenberatungen zur Reparationsfrage muß vor allem berücksichtigt werden, was Deutschland zu leisten vermag, ohne den Lebensstandard seiner Arbeiter noch mehr als jetzt zu brüchen. Graf Westarp war sehr unvorsichtig, als er sich auf den Großen Kurs für den Völkerverbund. Dieser Kurs hat sich von den Franzosen bestechen lassen und war mit ihnen verbunden gegen den deutschen Kaiser. Wir fühlen uns in anderem Sinne als gute Deutsche. Wir sind nicht stolz auf den Zufall unserer Geburt. Stolz sein wollen wir auf unser Deutschtum, wenn dieses Deutschtum in den Arbeiten und in der Tätigkeit für den Frieden der Menschheit an der Spitze marschieren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Emminger (Bayr. Dpt.):

Beim Abschluß des Kellogg-Paktes war es eine unangehme Begleitmusik, daß die Reichsflottenliste an der bayerischen Grenze zusammenkam. Die Bedeutung des Kellogg-Paktes ist unrichtig. Er wird sozial bedeuten, wie die Vereinigten Staaten aus ihm machen wollen. Wir stehen in einer Krise des Völkerverbundes, hervorgerufen durch Sonderbindnisse, die im Widerspruch zum Völkerverbund stehen und durch das Verlangen in der Abrüstungsfrage. Wenn auch das englisch-französische Bündnisabkommen für die Flotte nicht zustande gekommen ist, so scheint es doch für die Landarmee zu bestehen. Im deutschen Volk hat nie ein Haßgefühl gegen die Franzosen bestanden, auch in der Kriegszeit nicht. So bestanden durchaus die Voraussetzungen für die Locarno-Politik. Die sentimentale Locarno-Politik hat durch die letzten Ereignisse einen harten Stoß erlitten, aber

die realpolitische Seite von Locarno ist unverändert geblieben.

Wir müssen daran festhalten, denn die Garantie der Sicherheit unserer Westgrenze ist auch für uns ein Vorteil. Friede, Freiheit, Gleichberechtigung! Wenn wir für diese Forderungen gekämpft haben, dann werden wir trotz aller Not und trotz der ungeheuren Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage auch diesmal Herr werden. (Beifall bei den Bayerischen Volkspartei.)

Abg. Reventlow (Nat.-Soz.):

meint, in Genf sei die Locarno-Politik begraben worden. Auch Brandt, der von den letzten Regierungen zum deutschen Nationalpolitischen gemacht worden sei, habe jetzt seinen politischen Wert verloren. Die Locarno-Politik habe Deutschland keinen Vorteil gebracht, sondern es nur zu seinem Schaden an England und Frankreich gebunden. Die deutsche Westgrenze ist durch die Locarno-Politik nicht gesichert, sondern sie hätten diese Entwicklung nicht eintreten lassen, sondern diese Entwicklung nicht eintreten lassen, sondern diese Entwicklung nicht eintreten lassen. Die Nationalsozialisten seien durch diese Entwicklung nicht eintreten lassen, sondern diese Entwicklung nicht eintreten lassen. Die Nationalsozialisten seien durch diese Entwicklung nicht eintreten lassen, sondern diese Entwicklung nicht eintreten lassen.

Abg. v. Sybel (Chr. Nat. Bannernp.)

wendet sich gegen jeden Kaufhandel in der Rüstungs- und Reparationsfrage. Der Redner fordert, in dem Sachverständigenausschuß aus einem Vertreter der Landwirtschaft aufzunehmen. Eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands könne überhaupt nicht mehr anerkannt werden. Die Rentabilität der Landwirtschaft sei durch die falsche Politik der deutschen Regierungen untergraben worden. Dessen Sie es nicht dahin kommen, so ruft der Redner aus,

daß das proletarisierte Volk über die Köpfe der Führer hinweg in seiner Vornehmung nach proletarischen Kampfmitteln ruft.

Abg. Best (Volksrechtsp.)

erklärt dem deutschen Nationalen Redner gegenüber, nicht der Damesplan sei die Ursache der schweren Belastung der deutschen Wirtschaft, sondern umgekehrt sei der

Der preußische Etat für 1929.

Ein Defizithaushalt.

Berlin, 20. Nov. Der preußische Haushaltsplan für 1929 ist jetzt dem Staatsrat zugegangen. Er beläuft sich auf Einnahme und Ausgabe mit 417 198 480 Mark. Er erhöht sich damit gegenüber dem Etat von 1928 um rund 64,5 Millionen Mark. Die Einnahmen sind mit 223,2 Millionen, die Ausgaben mit 244,5 Millionen angesetzt. Die dauernden Ausgaben sind mit 223,2 Millionen festgesetzt. Gegenüber 1913 ist der Etat um rund 3 Milliarden Mark höher. Die Ueberwälzungen an Reichs- und Provinzialsteuern sind nach Abzug der Gemeindesteuer mit 888 Millionen, die Erträge an den Provinzialsteuern mit 599,1 Millionen in den Etat eingebracht. Zu diesen Einnahmen wird ausgeführt, daß für die für 1929 zu erwartenden Reichseinkünfte eine zuverlässige Schätzung noch nicht vorliegt. Es ist deshalb im allgemeinen das für 1928 veranschlagte Einkommen zugrunde gelegt worden. Bezüglich der Landes- und Provinzialsteuern wird davon ausgegangen, daß das Gesetz über die Grundvermögenssteuer, das am 1. April 1929 in Kraft tritt, den Etat um 10 Millionen Mark erhöhen wird. Auch bezüglich der Hauszinssteuerordnung wird bei den Etatsansätzen mit einer Verlängerung der geltenden Bestimmungen gerechnet, da man nicht glaubt, daß das Steuervereinfachungsgesetz am 1. April 1929 in Kraft treten kann.

Wie für 1928 ist auch für 1929 zur Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Stellenanwärter die Schaffung einer Anzahl neuer Beamtenstellen in Aussicht genommen. Entsprechend der Zahl der vorgezeichneten Stellen ist die Kopfzahl der Hilfsbeamten und der Anfänger verringert. Im

Damesplan darauf zurückzuführen, daß nach der Geldentwertung irgendein Ausweg gesucht werden müßte, die schweren Lasten, die Deutschland auferlegt werden, seien damit begründet worden, daß Deutschland ja mit einem überhöhten inneren Defizit beaufschlagt sei. Bei den Sachverständigenberatungen zur Reparationsfrage müßten auch die Aufwertungsgläubiger zu Worte kommen.

Abg. Dr. Schreiber (D.)

geht auf die Ausführungen des Abg. Breitfeld über

die Reformvorschlüsse für die Behebung des auswärtigen Amtes

ein. Wir wollen allerdings, so führt er aus, daß das kulturelle Moment im Dienst des auswärtigen Amtes mehr als bisher betont werde. Mit den Sozial- und Kulturwissenschaften allein ist diese Forderung nicht erfüllt. Dr. Breitfeld hat ja auch die einseitige Behebung des auswärtigen Amtes bestritten. Wir wollen nicht, daß im auswärtigen Amt Familienfideikomisse errichtet werden. Die Sozialdemokraten leiden ja auch darunter, daß sie im auswärtigen Amt westlich auszuweisen zu kommen. Wir wollen, daß auch bei der diplomatischen Vertretung Deutschlands

die Imponderablen der Weltanschauung zur Geltung kommen.

Das kann der Wirkungsmöglichkeit der deutschen Diplomaten nur nützen. Im Ausland wird der Zusammenhang von Religion und Kultur viel stärker empfunden als hier. Wir Katholiken, die wir gerade im Grenzland und im Ausland die Mission einer großen Mission erfüllen, wollen diese Imponderablen nicht unberücksichtigt lassen. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Aussprache.

Die Anträge, die sich auf das Defizit des Gebiets beziehen, werden dem Haushaltsausschuß und dem auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung oder Verminderung der Damesgaben wird gegen die Nationalsozialisten, Kommunisten und die Christlich-Nationalen Bauernpartei abgelehnt.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung über das von den Nationalsozialisten und der Christlich-Nationalen Bauernpartei gegen Dr. Stresemann eingebrachte Mißtrauensvotum wird zunächst von den Antragstellern und den Deutschnationalen, dann unter großer Mehrheit der Mehrheit auch von den Kommunisten unterstellt.

In der namentlichen Abstimmung wird

der Mißtrauensantrag mit 219 Stimmen gegen 98 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und der Christlich-Nationalen Bauernpartei bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Um 4 1/2 Uhr verläßt das Haus auf nächsten Dienstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

Um die große Konfliktion.

Berlin, 20. November.

Nachdem nunmehr die Gesichtspunkte, die der Stabilisierung der Großen Koalition im Reich vor allem in der Panzerkreuzerfrage entgegenstehen, festgestellt sind, dürfte die heute begonnene Reichstagspause von maßgebenden Stellen dazu benutzt werden, die Verhandlungen über die Schaffung der Großen Koalition in Fluß zu bringen. Der Reichstagsführer beabsichtigt, sofort nach dem Schluß der Verhandlungen mit den Fraktionen wieder aufzunehmen und festzustellen, inwieweit eine Grundlage für die Bildung der Großen Koalition gegeben ist. In erster Linie wird man dabei die Steuerpolitik und die Feststellung des Haushaltsplanes erörtern müssen, da bekanntlich die Deckung des Defizitbetrages von rund 700 Millionen Mark notwendig ist. Ueber die Aufbringung der Mittel gehen jetzt die Meinungen innerhalb der Parteien der Großen Koalition auseinander. Schon aus diesem Grunde dürften sich die Verhandlungen nicht allzu leicht gestalten. Soweit wir unterrichtet sind, wird es sich bei der demnächstigen Fühlungnahme des Reichstagsführers mit den Fraktionsführern nur um unverbindliche Verhandlungen handeln. Erst wenn die Verhandlungen im Reich mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet sind, dürften die Verhandlungen in Preußen über die Regierungserweiterung wieder aufgenommen werden. Dort besteht nach wie vor die Hauptschwierigkeit in der Gegnerschaft der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gegenüber dem Vorschlag eines Konföderats mit dem päpstlichen Stuhl.

Deutsches Reich.

Der Nachtragset für 1928 vom Reichskabinett verabschiedet.

(Berlin, 20. Nov. Der Nachtragset für 1928, welcher zugleich den Personaletat für 1929 darstellt, wurde heute vom Reichskabinett verabschiedet. Er wird sofort dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt, wobei die Verabschiedung im Reichstag bis Ende d. J. zu rechnen ist. Das Reichskabinett verabschiedete weiter den

übrigen sind neue Beamtenstellen nur in Ausnahmefällen vorgesehen. Die Zahl der planmäßigen Beamten beträgt 1929 insgesamt 142 705, die der Hilfsbeamten 13 142, die der Angestellten 31 876 und die der Staatsverwaltungsarbeiter 17 670. Bei den planmäßigen Beamten ist eine Vermehrung um 12 061, bei den Angestellten um 4153 und bei den Arbeitern um 1110 eingestellt, bei den Hilfsbeamten eine Verringerung um 1307.

Im Anleihehaushalt wird festgestellt, daß seit Befestigung der Währung bis Ende September 1928 durch Anleihegesetz 801 Millionen Reichsmark bewilligt worden sind. Der tatsächliche Gesamtbetrag im Anleihehaushalt beträgt bis zum 30. Sept. 1928 149,3 Millionen Reichsmark.

Die Staatsregierung widmet dem Etat eingehende Ausführungen über die gegenwärtige finanzpolitische Lage. Der Zukunftbedarf der preußischen Hoheitsverwaltungen ist von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. Auch der Haushalt 1929 ist ebenso wie sein Vorgänger tatsächlich ein Defizithaushalt. Um das höhere Gleichgewicht herzustellen, blieb nichts weiter übrig, als den Rest des Betriebsfonds von 18 Millionen und ferner Mittel, die ebenfalls an sich der Zahlung zugehören, nämlich die für das Rechnungsjahr 1929 vom Reich beanspruchte weitere Entschädigung für abgetretene Staatseigentum in Höhe von 25 Millionen, als Einnahme in den Haushalt einzustellen.

Es wird festgestellt, daß der Etat keinerlei Reserven auf der Ausgabe Seite enthält. Durch die Befolgung der Budgetvorschriften sind auch die Reserven der persönlichen Fonds ausgereicht worden. Auch die in der Vorlesung bei den Einnahmen enthaltenen stillen Reserven seien nicht mehr vorhanden. Die Einnahmefälle entsprechen dem höchstmöglichen Aufkommen.

Entwurf eines Arbeitsruhegesetzes, der unverzüglich dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt wird, damit seine Erledigung noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Fürst Heinrich XXVII. Neuh. t.

Gera, 21. Nov. Der normals regierende Fürst Heinrich XXVII., Neuh. t. Linie, ist heute vormittag in Gera im 71. Lebensjahre an Herz-Kreislagen gestorben.

Die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten.

Wien, 20. Nov. In der heutigen Sitzung der christlich-sozialen Parlamentsfraktion wurde die Frage der Wiederwahl des Bundespräsidenten hauptsächlich von jenen Gesichtspunkten aus erörtert, die sich nach der Ablehnung des Mehrheitsvorschlages durch die Opposition ergeben. Ohne daß bestimmte Kandidaturen aufgestellt wurden, wurde auch die Frage berührt, ob die Partei für den Präsidentenposten einen Politiker, oder wie dies von den Mehrheitsparteien wiederholt gewünscht wurde, einen Reichspolitiker in Aussicht nehmen soll. Wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, hält die Partei beide Lösungen für möglich. Sie teilt insbesondere die Bedenken gegen die Wahl eines Parlamentariers nicht und neigt der Ansicht zu, daß die anderen Mehrheitsparteien einem von den Christlich-Sozialen ausgehenden diesbezüglichen Vorschlag keinen unüberwindlichen Widerstand entgegenzusetzen werden. In christlich-sozialen Parteikreisen verlautete heute abend, daß die Partei, sobald der Zeitpunkt für die Nominierung ihres Kandidaten gekommen sein wird, den ehemaligen Bundeskanzler Dr. Kramel oder den Präsidenten des Nationalrates Willas in Vorschlag bringen wird. In der heutigen Sitzung des Klubs sind die Kandidaturen jedoch noch nicht aufgestellt worden, umso mehr, als mit der heutigen abendenden Sitzung der Sozialdemokraten die Frage der Wiederwahl des gegenwärtigen Bundespräsidenten Dr. Hainisch noch nicht endgültig entschieden ist. Die Sozialdemokraten haben vorläufig nur den Vorschlag auf kurzfristige Wiederwahl des Dr. Hainisch abgelehnt, zur Frage der Wiederwahl für die Mandatsdauer von vier Jahren noch nicht Stellung genommen, da bisher ein solcher Vorschlag der Mehrheitsparteien nicht vorliegt.

Die Wahl des Bundespräsidenten am 5. Dezember.

Wien, 21. Nov. Der österreichische Bundespräsident hat auf Antrag der Bundesregierung die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten am 5. Dezember, einberufen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Belgischer Kabinettsrat über die Reparationsfrage.

Brüssel, 20. Nov. Der heute morgen zusammengetretene Kabinettsrat widmete dem größten Teil der Sitzung der Prüfung der Reparationsfrage im Hinblick auf den demnächst erfolgenden Zusammentritt der Sachverständigen und stellte fest, welche Haltung die belgische Regierung in der Angelegenheit einnehmen wird. Im weiteren Verlauf genehmigte der Kabinettsrat die Auslandsanleihe der Stadt Antwerpen zur Durchführung der umfassenden Neugestaltung der Hafenanlagen.

Politische Unruhen im wilden Mexiko.

London, 21. Nov. Während eines Kampfes zwischen Anhängern verschiedener politischer Parteilichungen sind in der kleinen mexikanischen Stadt San Antonio sieben Personen, darunter der Bürgermeister mit seiner Frau und drei andere Mitglieder des Municipalrates, getötet und 14 verwundet worden.

Die Senatswahlen in Australien.

Melbourne, 20. Nov. Die letzten bekannt gewordenen Wahlergebnisse lassen vermuten, daß die Arbeiterpartei acht und vielleicht sogar zwölf Sitze im neuen Senat erhält. Im bisherigen Senat verfügte diese Partei über sechs Sitze.

Grenzlandkundgebung der Berliner katholisch-kaufmännischen Vereine.

Berlin, 21. Nov. Die katholisch-kaufmännischen Vereine Großberlins veranstalteten heute Mittag im Hotel National des ehemaligen Herrenhauses eine Grenzlandkundgebung, die sehr zahlreich besucht war, und zu der auch der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Mitglieder des Reichs- und Landesparlamentes und Abgeordnete des Reichstages erschienen waren. Als erster Redner sprach der Reichsminister Dr. Best über die Grenzlandfrage des Westens. Reichstagsabgeordneter Bräutigam hielt die Rede in seinem Referat mit der wirtschaftspolitischen Lage im Osten. Der Redner betonte die großen Gefahren, die einzelnen Ostgebieten infolge mangelnden Aufwachens drohen. Polen wolle allmählich die ostpreussische Wirtschaft zermürben. Für die Handgebiete sei Wirtschaftspolitik Wirtschaftspolitik. Eine wirksame Wirtschaftspolitik sei nur von einer Verbesserung der Verkehrsmittel und der Verkehrswege zu erwarten. Polen treibe auf dem Wege der Siedlung eine ganz bewußte

Grenzlandpolitik. Die deutsche Regierung solle sich an den kleinen Nachbarstaaten ein Beispiel nehmen.

Hermann Sudermann †.

Berlin, 21. Nov. Der Schriftsteller Hermann Sudermann ist am Mittwoch nachmittag kurz vor 18 Uhr an den Folgen eines Schlaganfalls verschieden, den er vor sieben Wochen erlitten hatte. Er lebte damals nach Berlin überführt, wo er im Franziskaner-Hospital von seinem Hausarzt Allan behandelt wurde. Vor einigen Tagen trat eine Lungenentzündung hinzu, die den Tod beschleunigte.

Hermann Sudermann wurde am 30. September 1857 in Kahlstedt (Kreis Badsege) in Preußen als Sohn eines Landwirts geboren. Er entstammte einer alten holländischen Remonstrantenfamilie, ein Glied derselben war der geistliche Vordemselbst Daniel Sudermann — war seiner Zeit in weiteren Kreisen bekannt. 1888 enthielt Sudermanns zum Teil autobiographischer Roman „Frau Sorge“, der als bedeutende Leistung Sudermanns gilt. Dieser Roman aber fand anfangs so wenig wie die kurz darauf entstandenen Bände „Der Koenig“ (Roman), „Im Jüdisch“ (Novellen) irgendwelche Beachtung in der Öffentlichkeit. Am 27. November 1889 wurde dann aber sein Drama „Die Erde“ am Lustspieltheater in Berlin aufgeführt. Es errang dort einen so großen Erfolg, daß die Laufbahn Sudermanns dadurch gesichert wurde. Nun wandte er sich ausschließlich dem Theater zu. Es folgte 1890 das Trauerspiel „Sodoms Ende“, 1893 „Die Heimat“, ein Schauspiel, das sich zusammen mit „Die Erde“ noch auf dem Repertoire deutscher Bühnen hält, dann die Schauspiele „Die Schmetterlingsflucht“ (1894); „Das Glück im Winkel“ (1895) u. s. w. 1900 folgte „Johannistag“, 1902 „Es lebe das Leben“, 1903 „Sturmgeleite“, 1905 „Stein unter Steinen“ und „Das Blumenboot“. Im Vorarbeiten erschienen neben den genannten 1888 die Novelle „Johannistag“, 1894 der Roman „Es war“, und nach langer Pause 1909 „Das hohe Lied“ (Roman) und 1911 der Romanband „Die indische Rille“. Während des Krieges erschien der Zyklus „Die enttäuschte Welt“.

Sudermann war zusammen mit G. Hauptmann längere Zeit tonangebend in der naturalistischen Literaturbewegung; seine Hauptstärke lag in dem tendenziösen Inhalt und der geschickten Theatralik seiner Dramen. Die ihre Reizkraft in der Sensationsliteratur des Publikums fanden. Mit dem Drama „Es lebe das Leben“ begann Sudermann abzuwenden, der sich mit seinen Schauspielen, am wenigsten mit der fast politischen Komödie „Sturmgeleite“, nicht mehr durchsetzen vermochte. Sein Bestes schufte er als Epiker, namentlich in „Frau Sorge“.

Von Nah und fern.

Der Tod des Hilmannes.

Berlin, 20. Nov. Die Leiche des am vergangenen Sonntag tot aufgefundenen Nationalsozialisten, Hans Köttemeyer, ist gestern durch Prof. Dr. Strauch obduziert worden. Es wurde festgestellt, daß die äußeren Verletzungen Köttemeyers vor seinem Tode beigebracht worden sind. Sie haben aber nicht zum Tode geführt. Als Todesursache ist vielmehr ein Herzleiden festgestellt worden. Von den vorläufig festgenommenen Arbeitern, mit denen Köttemeyer eine Schlägerei hatte, sind zwei wegen schwerer Körperverletzung dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Daß Köttemeyer übermäßig Alkohol genossen hätte, ist durch die Obduktion nicht festgestellt worden.

Ein Großfeuer.

München, 21. Nov. Durch Selbstentzündung geriet beim Gaswerk Moosach in München ein mehr als 100 000 Zentner umfassender Kohlenhaufen in Brand. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, das Feuer Herr zu werden.

Der Erfinder des Rohrrücklaufgeschlages gestorben.

Zella-Mehlis, 20. Nov. Dienstag mittag verstarb hier drei Tage nach seinem 88. Geburtstag der Geheimrat Dr. Ing. h. c. Heinrich G. Erhardt, Ehrenbürger der Stadt Zella-Mehlis und Zella-Mehlis. Der Verstorbenen genoss Erhardt als Erfinder des Rohrrücklaufgeschlages, das er im Jahre 1899 erfand, und als Erfinder des Presserfahrens für Pöhlkörper. Er war Gründer verschiedener bedeutender industrieller Unternehmen, u. a. der Rheinischen Metallwarenfabrik Düsseldorf und der Fahrzeugfabrik Eisenach (Dixi-Werke).

Ein Raubüberfall.

Teschen, 21. Nov. Vom Teschener Wald wurden mehrere Teschener Kaufleute von drei Banditen überfallen und völlig ausgeraubt. Die Täter wurden später in einem Waldhaus von der Polizei überfallen, wobei es zu einem Feuergefecht kam, bei dem ein Polizeibeamter schwer und zwei leicht verletzt wurden. Er gelang den Banditen zu entkommen.

Die Ehrung Selma Lagerlöfs.

Stockholm, 20. Nov. Nach der Opernvorstellung, während der Selma Lagerlöf Gegenstand begeisterten Ovationen war, fand im Grand-Hotel ein Festabend statt. Unter den Anwesenden befanden sich der Kronprinz, der Dichterin in einer kurzen Ansprache beglückwünschte, mehrere andere Mitglieder des königlichen Hauses und hervorragende Vertreter der in- und ausländischen Wissenschaft. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Schwedischen Dichtervereins Ödving.

Schwerer Unglücksfall beim Stapellauf eines russischen Leichters.

Kowno, 21. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, ereignete sich in Sormoro bei Nishnij-Novgorod während des Stapellaufs eines Leichters ein schwerer Unglücksfall. Die Gasse, an denen der Leichter befestigt war, rissen und der Leichter rutschte mit großer Geschwindigkeit ab, wobei die Arbeiter zum Teil mitgerissen wurden. Drei Arbeiter wurden dabei getötet und 18 schwer verletzt.

Der Mörder Caravadosis verhaftet.

Paris, 21. Nov. In Lüttich wurde, als er an der Wappstriebe abzuholen versuchte, heute der Italiener Bartolomeo Caravadosi verhaftet, der den italienischen Priester Caravadosi erschossen hatte. Er bekannte sich zur Tat und wurde in das Gefängnis eingeliefert. In einem gewissen Zusammenhang mit dem Mord steht auch die Verhaftung von zwei jungen italienischen Arbeitern zu stehen, die heute bei Mord erlosche. Die Brüder Becchi hatten an die Häuser italienischer Staatsbürger Salate angeliefert, in denen der Ermordung der Priester beigemengt waren. Sie jede Aussage über die Herkunft der Aufsteife. Der ermordete Priester Caravadosi ist heute in Anwesenheit italienischer amtlicher Persönlichkeiten bestattet worden.

Bankzusammenbruch.

Rom, 21. Nov. In Ferrara ist die Bank Ciccolo Credito zusammengebrochen. Die fünf Leiter der Bank wurden verhaftet, darunter ein früherer Direktor der Banca di Roma.

Zehn vierstellige Häuser eingestürzt.

Madrid, 21. Nov. In der Stadt Corona stürzten 10 zusammenhängende vierstellige Häuser in die Höhe. Die Bewohner durch Geräusche und Risse in den Mauern geweckt waren, sind Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen.

✓ Rowno, 18. November.

fern.

stündung geriet
ein mehr als
hausen in
gen, des Feuers
ges gestorben.
mittag verstarb
g der Geheimen
ardt, Ehren-
Mehlis. Der
des Rohrbrü-
und als Er-
rper. Er war
er industrieller
Metallwaren-
Eisenach (Digi-

d wurden meh-
Bandiden
erlaubt. Die
von der Polizei
secht kam, bei
leicht verletzt
kommen.
öfs.

pernvorstellung,
begeister-
Hotel ein Fest-
befanden sich
kurzen An-
der des König-
er der in- und
hielt der Vor-
Vldring.

apellauß
gemeldet wird,
Nowgorod wäh-
ein schwerer
der Leichtster be-
mit großer Ge-
zum Teil
eiter wurden.

erhaftet.

urde, als er an
versuchte,
erhaftet, der
i erschossen
n wurde in
gewissen Zu-
die Verhaf-
nischen Ur-
erfolgte. Die
er italienischer
en, in denen
aufgefor-
rweigerten
te der Aufrufe.
te in Anwesen-
eiten bestattet

die Bank Vic-
fünf Leiter der
ein früherer
estürzt.

oruna stürzte
r Stodwerk
r durch Geräus
nt waren, sind
eslagen.

Der Bohn eines früheren Museums- direktors unter Anklage.

○ Nürnberg, 19. November

Der Aufsehen erregende Raub zweier wertvoller Altbilder aus der Cabolzburg im Februar dieses Jahres wird demnach nur dem erweitersten Schöffengericht des Amtsgerichts Rürth sein geringstes Nachspiel finden. Sensationell ist dieser Fall nicht nur, weil die damals gestohlenen, aber glücklicherweise bald wieder gefundenen Bilder einem Schüler Dürers zugeschrieben werden, sondern weil zu den jetzt unter Anklage stehenden Tätern als Hauptangekluldigter der Sohn des Geheimrats Lippmann, des ehemaligen Direktors der königlichen Museen in Berlin, gehört. Mit ihm, der als Kunsthändler in Berlin tätig war, werden sich zwei weitere Berliner Kunsthändler namens Mayer und Schmidt, ferner ihre drei Helfershelfer, die Berliner Kaufleute Graste, Zahn und Breißeib, sowie die Zimmervermieterin Schwarz wegen schweren Diebstahls zu verantworten haben.

Maner hatte in Erfahrung gebracht, daß sich amerikanische Kunstmaler sehr leicht für die von einem Münchberger Architekturbüro im Jahre 1926 auf der Cobdolgburg in Bayern erbauten Kunstmaler interessierten. Es handelte sich um zwei hölzerne Aufstiegs- mit Heiligenfiguren, die von manchen Cobdolgbergländern als Schüler Albrecht Dürers, von anderen Grüne wald zugeschrieben und sehr hoch bewertet wurden. Maner soll nun gemeinschaftlich mit Pippmann und Schmidt in Berlin den Plan aufgestellt haben, diese Aufstiegs- mit Heiligenfiguren gegen einen hohen Preis nach Amerika zu verkaufen, damit alle drei, die infolge ihres verwerflichen Lebenswandels in finanzielle Bedrängnis gekommen waren, sich aus dem Erlös der gelieferten Kunstmaler wieder rangieren konnten. In allen Einzelheiten wurde der Raub vorher besprochen und die Rollenverteilung vorgenommen. Pippmann und Maner beschafften die notwendigen Geldmittel, während Schmidt sich mit berufsmäßigen Einbrechern zur Ausführung der Tat in Verbindung setzte, und zwar vor allem Dingen mit Graste, mit dem zusammen er auf der Cobdolgburg unter der Maste von Kunstglöbergländern die Räumlichkeiten auskundschaftete. Ausgerüstet mit Geld und Einbruchswerkzeug fuhren dann Graste, Jahn und Breiffeld am 18. Februar im Kraftwagen von Berlin nach FÜRCH, um dann in der Nacht zum 20. au

der Cadolzburg zur Ausführung ihrer verbrecherischen Pläne zu föhreten. Unbemerkt kletterten sie über die 2,70 m hohe Mauer, passierten den beleuchteten Burghof und drangen, nachdem sie verschiedene Thüren erbrochen hatten, in die Burgkapelle, von deren Empore sie in den Kitteraal und in den anschließenden Gang gelangten, wo nach den bei dem ersten Besuch angestelltem Orisflagen die Altarbilder aufbewahrt wurden. Ohne dem Bewohner der Burg, darunter ein gerade unter dem betreffenden Raum wohnender Amtsgerichtsrath, etwas von dem Diebstahl merkten, verschwanden dann die Verbrecher mit den Bildern auf dem gleichen Weg, auf dem sie gekommen waren. In Berlin nahm Schmidt die beiden Altarflüge, die man in Leipzig in einem Hanstosler verpackt hatte, in Empfang und brachte sie zu dem in einem Hotel wohnenden Pippmann, der zunächst für das eine Bild 3000 Mark zahlte, in welche Summe sich Graste, Zahn und Breitfeld theilten. Für das zweite Bild zahlte er dann 1000 Mark, um schließlich beide Kunstwerke zu einem Bildhauer zu bringen, der sie aufstellen sollte. Hier wurden dann die Bilder, die sich bei der Ausführung dieser Arbeit sehr geworfen hatten, von der Polizei nach einigen Tagen beschlagnahmt. Während die Angestellten in der Sache selbst, nämlich hinsichtlich ihres Zusammenwirkens bei diesem Raub, gefangen sind, ist zwischen Pippmann, Maier und Schmidt in ständiger Streit darüber entbrannt, wem das Urheberrecht des verbrecherischen Planes zuzuschreiben ist. Pippmann will wegen seiner anormalen Veranlagung, die ihm ein gewisses Hörtgeissverhältnis zu Schmidt und Maier geraten sein, das angeblich schon seit Jahren bestanden haben soll. Diese seine Willensschwäche habe er ihm unmöglich gemacht, dem Raubplan der beiden anderen Uiberstand entgegenzusetzen. Umgekehrt behaupten Schmidt und Maier, daß gerade Pippmann der Urheber des Verbrechens gewesen sei und daß sie unter seinem Einfluß gefangen seien. Außerdem habe Pippmann sich früher in Berlin außerordentlich gefreut, wie ausgezeichnet die Tathelungen sei.

Angesichts dieser Uneinigkeit zwischen den Hauptangestellten ist also mit einem interessanten Verlauf dieses Aufsteigen erregenden Prozesses zu rechnen. Die Verhandlungen vor dem künftigen Gericht, zu der neben der ganzen Reihe von Zeugen auch mehrere medizinische und Kunstfachverständige geladen sind, werden die berühmten, aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts stammenden Altarbilder der Cadolzburg im Gerichtssaal zur Stelle sein.

Am Dienstag abend wurde über Deutschlands größten Rundfunksender Königswusterhausen das erste drahtlose Bild — eine Photographie des Reichspräsidenten von Hindenburg — gesandt. Der deutsche Bildrundfunk wird täglich 4—5 Bilder abwechselnd am Abend oder am Vormittag auf Welle 1649 m funken. Die Sendung erfolgt im Rahmen des üblichen Rundfunkprogramms. Die Bilder, deren Übertragung 3 Minuten dauert, erscheinen in braunroter Zeichnung. Das Bild zeigt den Bildfunksender im Vorhaus.

Zeligowski angeblich gegen den Willen der Warschauer Regierung und gegen das Völkerrecht ausführte, gedeckt hat. Gerade Polen sollte aus seiner eigenen Geschichte gelernt haben, daß Unrecht nicht verjährt und daß dieses nie verjährende Unrecht sich zuletzt allemal rächt.

© Berlin, 20. Nov. Heute vormittag hat eine Unterredung zwischen Oberstaatsanwalt Seithe, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ramlau und Rechtsanwalt Dr. Apfel über den Fall Domela stattgefunden. Es wurde festgestellt, daß gegen Domela vier Anzeigen (s. w. b. n. dahingehend, daß er verjährte Leute um Beträge von etwa 600 Mk. angeborgt hat. Es handelt sich um sogenannten Logis) zu w. i. n. d. l. Einer der Anzeigen hat inzwischen der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß der Betrag an ihm bereits zurückgezahlt worden sei. Die Gründe, warum die Staatsanwaltschaft sich zu dieser an und für sich geringfügigen Sache zu einer stöckrigen Verfolgung und Verhaftung entschlossen hat, sind folgende: Trotz wiederholter und eingehender Nachforschungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft war der Wohnsitz des Domela in den letzten Wochen behördlicherseits nicht zu ermitteln. Für den Fall, daß Domela sich wirklich des Betruges schuldig gemacht hat, was er angeht, daß er ihm beim Malit-Betrage aufstehenden Beträge auf das entsprechende bestreitet, würde im Hinblick auf seine Vorstrafen sogenannter Rückfallsbetrug, also ein Verbrechen vorliegen. Die Verteidigung erklärt, sie habe sich davon überzeugt, daß für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft keinerlei andere als rein rechtliche Gesichtspunkte maßgebend waren. Da

mela wird in den nächsten Tagen nach Berlin überführt. Es ist der Verteidigung zugesichert worden, daß die Verhandlung noch im Dezember stattfinden wird.

Berlin, 20. Nov. Das Reichsarbeitsministerium hat im März d. J. Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen Arbeitslosen, über 40 Jahre alten Angehörigen, Darlehen gegeben werden können, die es ihnen erleichtern sollen, sich wirtschaftlich selbständig zu machen. Es war selbstverständlich, daß auch diese Maßnahme das Problem, in welcher Weise die älteren Arbeitslosenangehörigen wieder einer vollwertigen gesellschaftlichen Tätigkeit zugeführt werden können, nicht endgültig lösen konnten, sondern nur einem kleinen Teil der betreffenden Berufsangehörigen Hilfe bringen würde. Immerhin hat sich die Maßnahme bewährt. Um ihre Auswirkungen zu verstärken, hat der Reichsarbeitsminister erhebliche Mittel bereitgestellt. Die Maßnahme wird auch weiterhin von der Kreditgemeinschaft „Gemeinnützige Selbsthilfeorganisationen“ Nr. 24, Monbijoupark 3, im Zusammenwirken mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durchgeführt.

† Paris, 20. Nov. Ein heute unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltener Ministerrat hat beschossen, den durch Paul Boncour's Demission freigewordenen Posten eines französischen Delegierten beim Völkerverbund, — jedenfalls vorläufig —

A black and white portrait of a young man with dark, wavy hair, looking directly at the camera. He is wearing a dark, possibly black, shirt. The portrait is set within a white oval frame against a dark, textured background. The image has a grainy, high-contrast quality, typical of older newspaper prints.

der älteste Sohn Kaiser Karls, wurde am 20. November 16 Jahre alt und damit nach den habsburgischen Hausgesetzen großjährig. Dieser Tag wurde von den ungarischen Legitimisten, die Otto als ihren rechtmäßigen König betrachteten, mit Festversammlungen begangen.

nicht neu zu befehen, da Briand ständiger Delegierter Frankreichs bleibe und es deshalb unnötig sei, ihm einen neuen Erzmännern zu geben. Die Frage, ob dem Parlament eine Verlängerung des Mandats der Municipalitäten vorgeschlagen werden soll, wurde verneint. Die Gemeinderatsmagazin finden demnach im Mai kommenden Jahres statt, es sei denn, daß das Parlament von sich aus eine andere Entscheidung trifft. Der nächste Kabinettsrat wird am Donnerstag und der nächste Ministerrat am Sonnabend abgehalten.

× Newyork, 20. Nov. Auf Grund der zahlreichen Zeugenaussagen vor dem von der amerikanischen Regierung ernannten Kommissar ist jetzt zweifelsohne festgestellt worden, daß der Kapitän der „Vestris“, Carey, die alleinige Schuld an dem Untergang der „Vestris“ trägt. Das Logbuch des Dampfers „Voltaire“ enthält keinen Vermerk, daß irgendwelche Weisungen der Reederei Lampert und Holt, der Eigentümerin der „Vestris“, vorlagen. Es ist erwiesen, daß die „Vestris“ noch am Montag früh um 4 Uhr in einer Funkmeldung von irgendwelchen Schwierigkeiten nichts berichtet hat. Erst fünf Stunden später sankte der Dampfer, daß er sich auf die Seite zu legen beginne und wahrscheinlich Hilfe brauche. Kurze Zeit darauf folgte dann der SDE-Schiff.

× Schanghai, 20. Nov. In der Yangtsiemündung wurde eine Flotte von 80 Seeräubern überfallen, die die aus 18 Mann bestehende Besatzung nach hartem Kampf übermächtigte, sie bis auf drei erschoss und die Leichen über Bord warfen. Die Flotte wurde erst nach Zahlung eines Lösegeldes von 16 000 mexikanische Dollar freigegeben.

[illegible]

in ganz Westdeutschland besprochen, von vielen Tausenden besucht und als einzigartig anerkannt.

Für uns ein großer Erfolg, für jeden Möbelkäufer ein Hinweis, wo wirkliche **Leistungsfähigkeit** zu suchen ist.

Möbelhaus Kramm, Essen, Limbeckerstr. 97-103.

THE [unclear] [unclear]